

II-400 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

15.2.1967

183/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Robert Weisz, Jungwirth und Genossen an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Einschüchterungsversuche des Staatssekretärs Soronics im Bundesministerium für soziale Verwaltung und Beschuldigungen gegen Beamte dieses Ressorts.

-.--.-.-

Staatssekretär Soronics hat kürzlich - bezeichnenderweise bei der Konstituierung einer ÖAAB-Betriebsgruppe - schwere unbewiesene Beschuldigungen gegen Beamte dieses Ministeriums erhoben und damit zweifellos politische Einschüchterungsversuche unternommen.

Laut einer Meldung des ÖVP-Volksblattes vom 11. Februar 1967 erklärte der Staatssekretär unter anderem:

"Der Staatssekretär nahm damit auf die Versuche einiger sozialistischer Beamter Bezug, mit Methoden einer passiven Resistenz die Arbeit der ÖVP-Ressortleitung im Sozialministerium zu behindern. In den vergangenen Monaten mußten Sozialminister Grete Rehor und Staatssekretär Soronics häufig feststellen, daß es im Sozialministerium Beamte gibt, die den ordnungsgemäßen Betrieb einzelner Abteilungen anscheinend aus politischen Gründen gefährden. Akten werden schleppend erledigt oder bleiben liegen, und die Erledigung laufender Agenden wird unter verschiedensten Vorwänden verzögert. Ob dies mit Wissen der SP-Parteizentrale geschieht, wurde bisher nicht klar."

Die unterzeichneten Abgeordneten, die alle Versuche einer politischen Einschüchterung von Beamten mit größter Entschiedenheit zurückweisen und bei einer Wiederholung solcher Vorfälle parlamentarische Konsequenzen ziehen werden, richten an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung die nachstehenden

A n f r a g e n

und ersuchen um deren möglichst rasche Beantwortung:

